

Unimut

ZEITUNG DER UNI HEIDELBERG

Der UNiMUT

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem Artikel des Unimuts für viele Jahre nur per Mailingliste oder Internet veröffentlicht wurden, freuen wir uns darüber, Euch endlich wieder eine Druckausgabe vorstellen zu können. Anknüpfend an die alten Ziele des UNiMUTs möchten wir eine Plattform für Neues bieten. Deshalb ist uns wichtig, sowohl über hochschulpolitische Entwicklungen zu berichten als auch die Diversität des studentischen Lebens einzufangen. Meinungen wie Fakten werden hierbei Platz finden – zu aktuellen Problemstellungen und Themen des Alltags. Der UNiMUT ist eine Alternative für alle, die auf ein breites Spektrum verschiedenster Inhalte Wert legen. Wir möchten auf Geschehen aufmerksam machen, die übersehen werden, und Foki auf solche Themen legen, die oft nicht ausreichend repräsentiert sind – ohne Werbung, ohne Parteibuch.

Studenten ebenso wie nicht-studentische interessierte Leser sind dazu eingeladen, die Zeitung mitzugestalten und Impulse zu setzen. Artikel und Leserbriefe sind in dieser Redaktion immer herzlich willkommen.

die redaktion

Eine Mutfrage

„Wer wagt es,
sich den donnernden Zügen entgegenzustellen?
Die kleinen Blumen
Zwischen den Eisenbahnschwellen!“

Erich Kästner

UNIWAHLEN

Am 24. Juni wird an der Universität Heidelberg wieder gewählt. Was wird gewählt? Warum wählen? S. 2

UNIVERSITÄTSKRITIK

Das ‚Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft‘ initiiert eine Herbstuniversität zur Gründung einer „Bundesstiftung für demokratische Bildung“. S.3

BILDUNG STATT UNI

CampusCamp 2008: 10 Tage wurde im Feld gecamp, diskutiert und über Alternativen nachgedacht. S.5

BÜRGER-BEGEHREN!

Am 13.07.2008 wird erstmals in der Heidelberger Stadtgeschichte ein Bürgerentscheid stattfinden. Das Volk als Souverän entscheidet über die Frage, ob 610 Sozialwohnungen im Stadtteil Emmertsgrund als Eigentum der Stadt Heidelberg erhalten, oder ob sie an einen profit-orientierten „Investor“ verkauft werden sollen. S.14



Schon gewählt?

Einmal im Jahr, diesmal am 24. Juni sind Gremienwahlen. Die Studierenden wählen die studentischen Mitglieder im Fakultätsrat und im Senat. Gewählt wird im INF 306 und in der Neuen Uni.

Wie jedes Jahr im Juni erblickt man allüberall Plakate. Nette junge Leute aus Gruppen, von denen man lange nichts gehört hat, werben dafür, in Gremien gewählt zu werden, von denen viele auch noch nichts gehört haben. Wichtig scheinen sie zu sein, diese Gremien. Da wirbt der RCDS (CDU) damit, sich dort für Wohnheimplätze einsetzen zu wollen, während Jusos (SPD) die Chancengleichheit im Bildungsbereich befördern oder das BAFöG erhöhen wollen. Ausbau des ÖPNV, mehr Service, billigeres Benzin für Studis - ja, warum hat man bisher nichts von diesen Gremien gehört, die soviel verändern können?

Die schlichte Antwort, im UNiMUT seit Jahr und Tag auch für die AnhängerInnen diverser Partei-Annexe zu finden: Es gibt sie nicht. Gewiss, es gibt Senat und Fakultätsräte, aber die beschließen weder über BAFöG noch über Service-Karten. Ihre Themen sind Prüfungsordnungen und Umstrukturierungen, Ausrichtungen von Professuren und das Lehrangebot fürs kommende Semester. Und vor allem daraus sollte sich ableiten, was man wählt.

Im gewohnt objektiven Stil unserer Berichterstattung können wir nicht verhehlen, wofür unsere Herzen schlagen: Natürlich für die Fachschaften. Gewiss, auch dort tut sich nicht immer was, aber doch immer weitaus mehr als bei den Hochschulgruppen. Und vor allem wird dort der richtige Weg gegangen. Die Probleme, die in den zu wählenden Gremien behandelt werden (sollten), entstehen immer noch in den Fachbereichen: Orientierungsprüfungen, Berufungen, Lehrangebote, Studiengebühren – das ist es, was in den Gremien vor allem

behandelt wird. Die Kompetenz in diesen Problemen, ihr wisst es längst, findet sich bei den Fachschaften, idealer Weise also bei euch, aber wenn das mal nicht so ist, bei den Leuten, die in der Vorlesung neben euch sitzen. Diese Kompetenz ist erst recht in den uniweiten Gremien gefragt - wenn die Studis im Senat oder Unirat keinen Input von den Fachschaften hätten, könnten sie außer Sitzen nicht viel tun. Deshalb: Die Fachschaften gehören nicht nur in die Fakultätsräte (wo sie mangels auch nur annähernd ernsthafter GegenkandidatInnen aller Wahrscheinlichkeit nach ohnehin wieder 99% der VertreterInnen der Studierenden stellen werden), sondern auch in den Senat und weitere Gremien wie Berufungskommissionen, den Hochschulrat oder Rektoratskommissionen.

Gewiss - die FSK wirbt auch damit, Studiengebühren „sinnvoll“ verteilen zu wollen. Der Unterschied ist aber einerseits, dass die Leute vom AK Studiengebühren der FSK nicht damit werben, etwas tun zu wollen, sondern es bereits getan haben. Vor allem aber ist der FSK klar, dass solche Dinge außerhalb der Gremien passieren müssen - schon, weil diese sich gar nicht damit befassen.

Auch an der Uni ist es nicht damit getan, einmal im Jahr die Stimme abzugeben, und der UNiMUT berichtete oft genug über Gelegenheiten, sich einzumischen. Wenn ihr höheres BAFöG wollt oder die Studiengebühren abschaffen: Go ahead, the street is yours. Keine Gremien dieser Welt kön-

nen die demokratische Partizipation jedes und jeder Einzelnen ersetzen. Trotzdem müssen wir



auch in Baden-Württemberg das kleine bisschen Mitsprache in den Gremien, das uns per Gesetz gewährt ist, wahrnehmen. Die Fachschaften und damit die FSK sorgen unserer unbescheidenen Meinung nach noch am Besten dafür, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen Partizipation und Repräsentation (der Informationsfluss, der aus den Fachschaften in den UNiMUT geht, hilft dabei schon mal ganz gut, finden wir).

Also, wie jedes Jahr: Wählt, auch wenn's schwer fällt! Technische Details (etwa den Umstand, dass ihr euren Studiausweis mitnehmen sollt) dazu erfahrt ihr beim Wahlamt, das insbesondere auch die Lage der Wahlräume verrät.

fv

Was wird gewählt?

Die Studierenden wählen die studentischen VertreterInnen für die 12 Fakultätsräte ihres 1. Hauptfachs und die 4 studentischen VertreterInnen im Senat.

Warum kommt es auf jede Stimme an?

Weil es nicht nur darum geht, VertreterInnen in die Gremien zu wählen, sondern auch darum, deren Forderung nach mehr studentischer Mitbestimmung an der Universität mit einer möglichst hohen Wahlbeteiligung Nachdruck zu verleihen: Gerade in der aktuellen Diskussion um die Verteilung von Studiengebühren brauchen wir daher Eure Stimme!

Wo bekomme ich ausführliche Informationen?

- Beim Wahlamt (Zentrale Universitätsverwaltung)
- Bei euren Fachschaften und
- Bei der Fachschaftskonferenz (www.fachschaftskonferenz.de)

Wie wird gewählt?

Mit Ausweis, frei und geheim – im Gegensatz zur Mitbestimmung in Studiengebührenkommissionen...

Liest du noch oder urteilst du schon?

Folge 1: Medienkritik als Erkenntniskritik

Medien umgeben unseren Alltag. Die Sprache der Medien – Bilder, Töne und Texte in Zeitungen, Büchern, Filmen, Radiosendungen usw. – bildet eine Brücke zu Ereignissen, Objekten oder Sachverhalten, die wir selbst nicht direkt erleben oder greifen können. Wir können nicht zu jedem Zeitpunkt an jedem Ort sein und wissen doch immer mehr, als wir unmittelbar erlebt haben. Konsequenz formuliert heißt das, dass unser komplettes Weltwissen im Grunde aus den Medien entstammt. Und hier ist die Brücke der Sprache zugleich ein Hindernis. Nur selten bemerken wir, wie die Sprache der Medien die „berichteten“ Sachverhalte vorstrukturiert. Von der Varianz einzelner Wortverwendungen über Wortkomposita, Sätze und deren komplexe grammatische Formen (z.B. die Verwendung von Aktiv vs. Passiv oder Konjunktiv I vs. Konjunktiv II) bis hin zur globalen Funktion von Texten, Bild-Texten und intertextuellen Verknüpfungen liegt in der Sprache eine spezifische Perspektivität (W. Köller: 2004), die es uns unbewusst verhindert, eine „objektive“ oder „neutrale“ Haltung z.B. gegenüber einem Ereignis einzunehmen. Das Wissen um das „Funktionieren“ dieser sprachlichen Mittel, ihr Einfluss auf unsere Rezeptionsstrategien und unsere Lesekompetenz, kann uns zu selbstbewussteren und selbstbestimmten Individuen in der Gesellschaft machen. Sprachkritik bedeutet in diesem Sinne die Reflexion unseres Sprachvermögens im sozialen Kontext. - Das Untersuchen und Freilegen der Prinzipien, die unsere Urteilskraft und unsere Entscheidungen beeinflussen und im schlechtesten Fall beschränken. Medienkritik ist Erkenntniskritik!

In den kommenden Folgen dieser Serie werden verschiedene Aspekte der Medien einer Erkenntniskritik unterzogen. Von den institutionellen Bedingungen bis hin zur kleinsten sprachlichen Einheit (Wörter, Bilder usw.). Ziel ist die Sensibilisierung für medial transportierte, sprachliche Prozesse: Wer oder was schreibt? Wer verbreitet Nachrichten und mit welchem Einfluss? Welche Wissensnetzwerke existieren und konkurrieren mit einander (sog. Semantische Kämpfe)? Wie erreichen es Weltkonzerne wie Bertelsmann, mittels Medien Universitäten und Schulen zu verändern? Dies und mehr in den nächsten UNiMUT-Ausgaben. fv

Verfassungsgericht in Hessen sieht Studiengebühren als verfassungskonform

Mit sechs zu fünf Richterstimmen wies der hessische Staatsgerichtshof vergangene Woche die Klage gegen das Studiengebührengesetz ab. Die Klage stützte sich auf die in der hessischen Landesverfassung festgeschriebene Unentgeltlichkeit des Studiums. Hessen hat als einziges Bundesland wörtlich den unendgeldlichen Unterricht im Studium festgeschrieben. Fünf der elf Richter sahen hierin einen klaren Widerspruch zum Studiengebührengesetz. Sechs Richter halten das Studiengebührengesetz der Regierung Koch für verfassungskonform, da durch die Vergabe von Studienkrediten jedem ein Studium möglich sei. Deutschlandweit rief das Urteil scharfe Kritik hervor, der deutsche Gewerkschaftsbund sprach von einem „politischen Urteil“. Unabhängig vom Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs werden die Studiengebühren vom hessischen Landtag zum kommenden Wintersemester wieder abgeschafft. hp

Zitat des Monats

„Wir sind unpolitisch“
Fachschaft Politik

Kritik universitärer Lernverhältnisse

*Heidelberger Forum veranstaltete Seminar zu alternativen Lehr- und Lernmethoden.
- Ein Essay von Friedemann Vogel (27.05.2008)*

Vor drei Wochen veranstaltete das Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft gemeinsam mit dem emeritierten Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr (FU Berlin) ein ganztätiges Blockseminar. Aus den dortigen Reflexionen sind nun konkrete Zielformulierungen entstanden zur Gründung einer Bundesstiftung als Grundlage einer Demokratischen Bildungsakademie.

Am Pfingsttag des vergangenen Monats, den 10. Mai 2008, trafen sich ein Dutzend Studierende und Promovierende im Soziologischen Institut und arbeiteten von elf bis einundzwanzig Uhr unter Anleitung des Berliner Emeriti Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr zum Leitthema des Tages: Ziel war nicht weniger

als die Suche nach den Prämissen, auf denen unreflektiert heutige Wissenschaft betrieben wird.

Der Tag teilte sich dabei thematisch in mehrere Blöcke: Nach einem einleitenden Vortrag von Wolf-Dieter Narr zur Frage erkenntniskritischer und historischer Prämissen universitären Lernen und Lehrens ging es vor

allein um die Anamnese der Bedingungen aktueller Hochschulen.

In der Diskussion zeigten sich dabei folgende Hauptpunkte als zentral: Erstens die im Entfalten begriffene ökonomische Überforderung sämtlicher universitärer Strukturen. Lehrende wie Lernende stehen mitten auf einer Tribüne

allumfassender Konkurrenz, einem Wettbewerb, in dem sich scheinbar der (sic!) Beste bewährt und durchsetzt. Soziale Prämissen (etwa Soziale Selektion beim Hochschulzugang), politische Hintergründe (z.B. politisch motivierte Lehrstuhlbesetzung und Forschungsaufträge) und die alles andere als freiheitlich-autonome Konstitution, vielmehr vollkommene Durchhierarchisierung der Hochschule nach

Heidelberg Forum für kritische Theorie und Wissenschaft

quasi-marktwirtschaftlichem Vorbild vom Gesellen (Bachelor) bis zum „Vorstandsvorsitzenden“ (Rektor) werden komplett ausgeblendet. Wer es heute unter den Lehrenden auf das Katheder schafft, ist häufig bereits erfolgreich an diese Strukturen angepasst, politisch ‚neutralisiert‘ und beflissen im Vokabular zu „Exzellenz“, „Elite“ und „Drittmittel“. Entsprechend wird nur noch jenes gelehrt und beforscht, was potentielle Kunden interessieren könnte. Das Allgemeingut Wissen wird allein unter Effizienz- und Verwertungsansprüchen gemessen, Wissen als Markt-Gut, Lernende wie Lehrende als Humankapital und mit der Einführung von Studiengebühren zu zahlkräftigen und den Landesetat ersetzenden Kunden. Dies führt zum zweiten Punkt:

Denn die marktwirtschaftliche Logik fördert und fordert eine zunehmende Trichterdidaktik, wie sie nicht erst mit der praktischen Einführung (nicht zu verwechseln mit dem theoretischen Anspruch von Bologna) von BA/MA-Studiengängen, sondern längst in den bürokratischen Monstern heutiger Universitätsinstitutionen mit mehr als 20 000 Studierenden realisiert wird. Lernen heißt hier nicht selbstständig denkende Person werden, sondern das schnellstmögliche Trainieren reproduktiver Handlungsmechanismen. Nicht: Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein; sondern: Hier bin ich Bachelor, wo pass ich rein? Selbstständiges Denken wird nicht nur nicht

vermittelt, sondern systematisch verhindert, an die Stelle erkenntniskritischen, problemorientierten Denkvermögens treten Routinen des optimierten Speicherns und Abrufens. Dem ist auch der Inhalt des Belernten zuträglich: Denn an deutschen Universitäten sind mehr denn je entweder die Theoretiker, die sich in hegelschen Geistern und mit ihnen jeden gesellschaftskritischen Boden verlieren, oder die Praktiker mit viel Gespür

fürs Gewerbe, aber wenig Sinn für Erkenntniskritik.

Die Folgen bei den Lernenden sind nicht nur ein äußerst begrenztes Vermögen, Wissen auf unterschiedliche Anwendungsbereiche zu transformieren, eigene Meinungen zu entwickeln und zu vertreten oder die eigenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen in ihren verschiedenen Abstraktionen zu reflektieren. Mehr noch: Dem Belernten muss alles weichen, was nicht verwertbar ist: Selbstbestimmung, Lösung von Fremdbestimmung, Solidarität, demokratisches Bewusstsein. Die Demokratie an den Hochschulen ist tot: nicht nur auf Grund systematischer Verhinderung, für eigene Interessen Partei ergreifen zu können (wie in Baden-Württemberg und Bayern durch Abschaffung verfasster Studierendenschaften), sondern mit BA/MA mehr denn je auf Grund Mangel kritischen Denkvermögens.

Dieser Entwicklung versuchen bundesweit kleinere und größere Arbeitsgruppen an und um die Universitäten herum entgegenzutreten. Wie das ‚Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft‘ oder die Arbeitsgruppe ‚Kritische Initiative Heidelberg‘ organisieren sie einzelne Veranstaltungen, Vorträge, Seminare zu alternativen Themen, versuchen in Lektüreguppen oder durch vereinzelte Textveröffentlichungen Diskussionen anzuregen. Dies geschieht im Rahmen ihrer meist sehr begrenzten finanziellen wie personellen Möglichkeiten. Zudem ist die Arbeit nur ein Tropfen auf den heißen Stein und vermag in Zukunft kaum eine nen-

nenswerte Gegenkraft zu bilden. Auf lange Sicht hin werden sich die Strukturen der heutigen Hochschullandschaft verhärtet, einige Bedingungen (wie insb. die soziale Selektion in Abhängigkeit vom „Elitestatus“ der jeweiligen Universitäten) werden sich nach Informationen des Elitesoziologen Prof. Dr. Michael Hartmann (Darmstadt) noch weiter verschärfen.

Aus diesem Grund gibt es in Heidelberg die Bestrebung, eine Bundesstiftung als Fundament einer zukünftigen demokratischen Bildungsakademie ins Leben zu rufen. Ziel ist die koordinierte Institutionalisierung der einzelnen Gruppenarbeit, die Organisation der verbliebenen kritischen Forschenden und Lehrenden und die Bündelung der damit verbundenen Inhalte zu wissenschaftlichen Tagungen, zertifizierten Fortbildungen, Lehrgängen und schließlich eigenen staatlich anerkannten Studiengängen.

Derzeit finden erste Vorbereitungen für die Ausrichtung einer Tagung statt, um mit Gruppen und renommierten WissenschaftlerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet die Rahmenbedingungen für die Gründung einer „Bundesstiftung für demokratische Bildung“ festzulegen.

Nähere Informationen zu diesem Thema, Veranstaltungstips, ausführliche Seminarberichte sowie Vortragsskripte und -aufnahmen zu Theorie und Empirie verschiedenster Disziplinen finden sich auf der Homepage des ‚Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft‘:

WWW.KRITISCHETHEORIE-HD.DE
info@kritischetheorie-hd.de



CampusCamp 2008

Eine Woche Freie Uni Heidelberg

Das Mysteriöse Blaue Zelt

Wer in der Woche vom 1. bis zum 8. Juni in der Nähe von Chemie und URZ unterwegs war, wurde vom Anblick des Grillplatzes überrascht: Mehrere Igluzelte, auf der Wiese vertstret; Tische und Bänke, teilweise wahllos in der Gegend stehend; zwei riesige blaue Planen, zu einem Gemeinschaftszelt aufgespannt und eine provisorische "Küche", installiert auf Baupaletten, über der das unchiffrierte Mottobanner prangte: "Riots, not diets". Inmitten dieses ungewöhnlichen Szenarios: Ein bunter Menschenhaufen, der diskutierte, lernte, kochte oder einfach in der Sonne lag. Wer sich die Mühe machte sich etwas näher umzuschauen, dem wurde schnell klar, dass es sich hier um mehr als um ein Happening urlaubsreifer, gestresster StudentInnen handelte. Banner und Spruchbänder mit Slogans wie "Studiengebühren wegbassen" oder "Reclaim your Campus" ließen darauf schließen, dass hier versucht wurde, Politik zu machen.

Wer sich noch einen Schritt weiter wagte, wurde mit einem Programmheftchen ausgestattet und ins Mysteriöse Blaue Zelt eingeladen. Ein Blick ins Programm verriet, dass man dort bei Vorträgen, Workshops und Filme zu unterschiedlichen Themen wie "Wie lese ich kritisch Zeitung?", "Mumia Abu-Jamal - Unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils", "Kampagniendesign" oder auch "Frauenbild in der Bibel" mitarbeiten konnte. Die OrganisatorInnen des Camps, die Kritische Initiative, hatte in Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Forum für Kritische Theorie und Wissenschaft aus dem ganzen Bundesgebiet ReferentInnen eingeladen, die hier mit einem tag- und abendfüllenden Programm Diskussionen zu Politik, Gesellschaft und Kultur anstießen.



Bildung statt Uni

„Für uns ist das CampusCamp ein Projekt mit offenem Ende. Wir wollen den StudentInnen eine Alternative zum angestaubten, verschulden Unibetrieb anbieten. Bei uns gibt es keinen Frontalunterricht, hier wird in der Gruppe diskutiert und dadurch gelernt“, so Christian Axtmann von der Kritischen Initiative. Da Bildung nach Meinung der Kritischen Initiative nicht nur in der Uni stattfindet, wurden als ReferentInnen neben Uni-

versitätsdozentInnen auch KommilitonInnen und Privatpersonen geladen. Wichtig war den Organisatoren eine ungezwungene Atmosphäre - es wurde sich grundsätzlich geduzt, während man gemütlich auf Decken oder Bierbänken saß.

Neben der Lehrmethodik unterschied sich auch die Auswahl der Inhalte von denen, die Studierende an der Uni wahrnehmen können. "Es ist doch so, dass in Zeiten der Bachelor/Master-Umstellung StudentInnen immer weniger die Möglichkeit haben an Vorlesungen und Seminaren, die über ihren Stundenplan hinausgehen, teilzunehmen. Abgesehen davon, dass ein kritischer Umgang mit dem Lehrstoff an der Uni immer weniger Platz findet", konstatierte ein Teilnehmer. "Deshalb hoffe ich, dass das CampusCamp ein paar Leute inspiriert, sich im Uni-Alltag mehr einzubringen und unser Bildungssystem grundsätzlich in Frage zu stellen". Das unkonventionelle Konzept ging anscheinend auf. Tatsächlich fehlte nach den eigentlichen Vorträgen oftmals ausreichend Zeit um sämtliche Fragen und Diskussionspunkte zu klären. In der Regel wurde das beim Feierabendbier nachgeholt.



Reclaim Your Campus

Beachtete man die Transparente und Spruchbänder auf dem Camp, entstand der Eindruck einer auf Protest ausgerichteten Aktion. Christian Axtmann: "Das ist auch durchaus so gewollt. Denn schließlich werden Freiräume in unserer Gesellschaft immer seltener, aber die Forderung danach ist immer noch vorhanden. Seit der Schließung des Autonomen Zentrums in Heidelberg gibt es praktisch keinen Raum mehr für alternative Politikformen. Mit dem Camp wollen wir ein solches Forum schaffen." Es ginge aber auch darum, den StudentInnen und PassantInnen deutlich zu machen, dass der Campus ein öffentlicher Ort ist, der von ihnen genutzt werden kann und zwar nicht nur für Landschaftsarchitektur und Grillfeste. Einige hartgesottene CamperInnen nahmen sich das so zu Herzen, dass sie quasi zehn Tage lang lediglich für ihre Vorlesungen oder zum Duschen einige Zeit vom Camp wegblieben.

Gut und Günstig

Auch die Kosten für die Teilnahme an dem Camp hielten sich im Rahmen, lediglich um einen Unkostenbeitrag für das zum Großteil vegane Essen und Getränke hatten die VeranstalterInnen gebeten. Durch Spenden

konnten auch Personen, die wenig oder kein Geld dabei hatten, versorgt werden.

Etwa 3 Wochen hat die Kritische Initiative gebraucht, um das CampusCamp zu organisieren. Neben den Spenden konnte sich die Kritische Initiative auf finanzielle Hilfe der FSK stützen. So konnten die Honorare und das Material für das Gemeinschaftszelt finanziert werden. Alle Dinge die sonst benötigt wurden, wie z.B. Geschirr oder auch Baumaterial für die Küche kamen entweder von Freunden oder wurden von den Baustellen auf dem Campus gespendet.

Auch beim Kontakt zu ReferentInnen lief Vieles über persönliche Kontakte. "Und das Ergebnis kann sich ja wohl sehen lassen", sagte Jasper Metzbaur. "In relativ kurzer Zeit haben wir es geschafft, genug Werbung zu machen, ein hochwertiges Programm auf die Beine zu stellen und die Infrastruktur für eine Woche zu schaffen. Sowas motiviert uns natürlich für weitere Aktionen."

Heute ist nicht Alle Tage...

Schaut man die Stimmen der Beteiligten an, kann man wohl sagen, dass das CampusCamp ein Erfolg war. Ein erneuter Versuch nächstes Jahr scheint sicher. "Vorausgesetzt, wir sind dann noch genug Leute, die sich an der

Organisation beteiligen".

Bei vielen Veranstaltungen war das Gemeinschaftszelt voll, teilweise sogar überfüllt. Von den ReferentInnen gab es ebenfalls eine positive Resonanz. "Es hat Spaß gemacht, mal wieder mit jungen, engagierten Menschen diskutieren zu können", so Eva Gottschaldt aus Marburg, die unter anderem über die Entwicklung des Neofaschismus nach dem zweiten Weltkrieg referierte. Damit das öfter passieren kann, plant die Kritische Initiative in Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Forum für Kritische Theorie und Wissenschaft den Aufbau einer Bildungsakademie. Ziel ist es, eine staatlich anerkannte, demokratische Bildungsinstitution zu schaffen. Sie soll, wie das CampusCamp, eine frei zugängliche Alternative in der Universitätslandschaft stellen. "Bis dorthin ist es noch ein weiter Weg. Wir wollen erst einmal damit anfangen regelmäßig Seminare und Diskussionsrunden anzubieten. Auf jeden Fall wollen wir in nächster Zeit einiges in Heidelberg - an der Uni und anderswo - bewegen".

Wir dürfen gespannt sein.

hp

Staatliche Unterstützung für Studierende: gerade einmal 50 Euro im Monat ist dem Staat der soziale Ausgleich wert

Staatliche Unterstützung von Studenten – Bafög für die Bedürftigen, Stipendien für die Begabten und Kindergeld für alle. Aber die staatliche Bezuschussung geht wesentlich weiter, kein anderes europäisches System ist so kompliziert und undurchsichtig wie das Deutsche, belegt jetzt eine Studie, die die staatliche Förderung von Studenten in Europa vergleicht.

Studenten profitieren von einem ganzen Subventionskatalog, günstiges Mensaessen, vergünstigte Fahrscheine und Versicherungsbeiträge, zum Beispiel. Was die Studie der europäischen Kommission aber in keinem anderen Land so deutlich vorfindet, ist die Unterstützung der Eltern der Studierenden. Studierenden aus Elternhäusern mit geringerem Einkommen wird das Studium mittels Bafög vom Staat finanziert. Die Bedürftigkeit des Studierenden wird vom Bafögamt geprüft. Nichtbafögberechtigte, die ihr Studium von ihren Eltern finanziert bekommen, werden indirekt jedoch fast in gleichem Umfang vom Staat

gefördert! Eltern mit höherem Einkommen, profitieren von Steuervergünstigungen, die sich laut der Studie lediglich auf fünfzig Euro im Monat

weniger belaufen, als die Förderung von Eltern mit niedrigerem Einkommen – mehr ist dem Staat der soziale Ausgleich nicht wert!

Wie unterstützt der Staat Studenten?

Unterschiedliche Formen öffentlicher Subventionen unter Berücksichtigung des sozialen Hintergrunds, durchschnittliche Geldflüsse pro Jahr*

	niedere soziale Herkunft	mittlere soziale Herkunft	hohe soziale Herkunft	höchste soziale Herkunft
Bafög-Zuschuss und Stipendien	1735	1154	689	337
Zinssubventionen für Bafög-Darlehen	203	142	81	35
Steuererleichterungen wie Ausbildungsfreibeträge	0	572	571	982
Kindergeld	1848	1848	1848	1848
Kranken- und Pflegeversicherung	1512	1512	1512	1512
allgemeine Zuschüsse für Mensa, Nahverkehr, etc.	422	422	422	422
GESAMT	5720	5650	5123	5136

*Zahlungen für nicht bei den Eltern lebenden Studenten/ Quelle: Hochschul-Informations-System; Bezugsjahr 2006 (nach der ZEIT).

Die Studie zeigt, wie wenig sozialer Selektion bei der Studienvorhabensverwirklichung entgegen gewirkt wird. Während die mittels Steuererleichterungen und Ausbildungsfreibeträge vom Staat unterstützten Eltern Studierender über das gesamte Studium unterstützt werden, müssen sich Bafögabhängige an die Regelstudienzeit halten. Außerdem ist das Stellen eines

Bafögantrags mit erheblichem zeitlichen Aufwand und Unsicherheiten verbunden. Mit Einführung der Studiengebühren wird die Verwirklichung der Studienvorhaben für einkommensschwächere Schichten weiter erschwert.

Doch die ungleiche Verteilung der Bildungschancen beginnt schon weit vor der Hochschulbildung. Die soziale Selektion des deutschen Bildungs-

systems beginnt bereits in der Grundschule. Kinder aus sozial schwächeren Familien werden mit wesentlich weniger entwickelten Fähigkeiten eingeschult. Die nötigen Ausgleichsmaßnahmen laufen nur schleppend an. Beendigung der Grundschule forciert diese Ungleichheit weiter. nbb

Anpassung

*Gestern fing ich an
sprechen zu lernen
Heute lerne ich schweigen*

*Morgen höre ich
zu lernen auf*

Erich Fried (1921-1988)



Foto des Monats von Fritz Faust

Einsendungen für Juli an: unimut@urz.uni-heidelberg.de

Auslandsstudium

Kann der Kulturschock bei Begegnung mit anderen Kulturen den Schock verringern den mir meine eigene bringt? - Erich Fried

Ein Auslandsaufenthalt beinhaltet oft den Wunsch, eine andere Kultur kennenzulernen. Bei Urlaubsreisen gerät dieses Ziel meist aufgrund knapper Zeit und anderen Prioritäten in den Hintergrund. Unser Studium bietet die Möglichkeit, ein Semester oder ein Jahr in einer

anderen Kultur zu leben. Bei einem Auslandssemester taucht man ein in ein anderes Land, es wird gelebt und studiert mit Menschen die auf den ersten Blick völlig anders erscheinen. Nach der ersten Eingewöhnungsphase, dem ersten Kulturschock, fängt man an zu verstehen und sich selber im Anderen zu erkennen. Es wird plötzlich deutlich, dass sich bei zahlreiche Gemeinsamkeiten finden lassen, vielleicht bei Weitem mehr als zu Teilen der eigenen Kultur. Schnell stellt man sich die Frage, was einen eigentlich ausmacht: „Wer bin ich eigentlich, herausgelöst aus meinem sozialen Kontext?“ Man fängt an, sich ein Stück weit neu zu definieren.

Diese Effekte werden begünstigt durch die Natur eines Auslandsstudiums. Der begrenzte Zeitraum, mit Freiheiten und viel Zeit, liefert optimale Bedingungen um neues auszuprobieren und sich auf ein anderes Land, eine andere Lebensweise einzulassen. Man kann sich Zeit nehmen, zum Beobachten und Erleben und man lernt wider aller leistungsorientierter Logik von ganz alleine, im Alltag, von seinen Mitmenschen und ohne die Bibliothek. Die in der modernen Gesellschaft so vielgefragten Softskills, Kommunikationsfähigkeit, Flexibilität, Souveränität im Umgang mit Unbekanntem und nicht zu letzt

Sprachen werden in einem Auslandssemester geschult wie nirgends sonst. Das Gefühl für eine fremde Sprache kann kein Sprachkurs vermitteln, die Sprache will gelebt und verstanden werden, man muss sich in ihr zu Hause fühlen um sie wirklich zu beherrschen.

Aber irgendwann geht's auch wieder nach Hause, in das alte Umfeld, wo sich wider aller Erwartungen kaum etwas verändert hat. Doch auch das Zurückkehren ist eine Herausforderung, nun kommt erst

der eigentliche Kulturschock. Vieles, im Laufe des Auslandssemesters als normal, ja als Teil eines selbst wahrgenommen, wird plötzlich wieder in Frage gestellt, passt nicht mehr zum Umfeld. Man hat sich verändert und nimmt die eigentliche „Heimatkultur“ nun zumindest in Teilen als fremd wahr und steht nun vor der Aufgabe, sich wieder in ihr zu finden.

Kein einfacher Prozess, aber Erfahrungen die man sich nicht durch Auswendiglernen in stickigen UB-

Räumen und in keinem Seminar aneignen kann.

Durch das mit Bachelor/Master und Studiengebühren immer effizienter organisierte Studium geraten Auslandserfahrungen jedoch oft in den Hintergrund. Noch besteht die Möglichkeit des „freien“ Auslandsstudiums, ohne perfekt durchgeplanten Stundenplan und evaluierbarem Output – nutzt sie! nbb

Das Unikino als Nahrungsergänzungsmittel zur Download-Kultur

In Zeiten, da man sich praktisch alles, was die Unterhaltungsbranche audiovisuell zu bieten hat, aus dem Internet herunterladen und am heimischen Bildschirm zu Gemüte führen kann, fragt man sich natürlich, warum man denn in das traditionelle Unikino in einem Hörsaal-Gebäude gehen sollte. Aber zu nächst mal die Basisinformation vorweg:

Das Unikino findet jeden Mittwoch im Semester um 19.30 Uhr im Hörsaal 13 der neuen Uni statt und wir zeigen Filme aller Genres, vom alten Klassiker bis zum fast aktuellen Blockbuster. Der Eintritt kostet pro Film jeweils 1,99 Euro und

einmalig 50 Cent für eine Mitgliedskarte. Für den Rest des ablaufenden Semesters erwartet euch in dieser Reihenfolge noch Auf der anderen Seite (25. Juni), Coffee and Cigarettes (2. Juli) und Darjeeling Limited (16. Juli).

Für den kleinen studentischen Geldbeutel ist das wohl ein kleines Aufatmen im Vergleich zum kommerziellen Kino. Wir können zwar nicht mit großzügig gepolsterten Sitzen aufwarten und Eis verkaufen wir auch keins, aber der Hörsaal mit seinen Rängen bietet doch eine vergleichsweise authentische Kinoatmosphäre. Die große Leinwand schöpft beinahe den Sichtbereich des Auges aus und

auch der Ton hat einiges mehr zu bieten, als die übliche studentische Zimmerbeschallung. Aber selbst die technischen Vorzüge beiseite gelassen, ist es doch immer noch etwas besonderes das Filmerlebnis im Kollektiv auszukosten und gemeinsam laut zu lachen oder zu erschrecken, oder sich für seine Rührung bei einer herzerreißenden Szene zu schämen.

Also für Mittwoch abend: PC auslassen, ins Unikino kommen (& Freunde mitbringen) und amüsieren.

Dann hoffentlich bis bald. ms

Was macht eigentlich

...der G8-Gipfel?

Kommentar von Yannick Zundl?

Ein Jahr ist es nun her, dass in Rostock die Fetzen flo-gen. „Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?“ titelte die Bild-Zeitung und meinte damit nicht die Teilnehmer des G8-Gipfels, die über Krieg und Frieden, über Hunger und Armut und die Verfügbarkeit von Medikamenten entschieden. Sie meinte auch nicht die Polizei, die mit acht Wasserwerfern durchaus chaotisch in die Kundgebung spritzte und ein paar Tage später auf diese Weise dem jungen Steffen B. ein Auge herausschoss. Der Ausbruch beiderseitiger Gewalt wurde in Medien und Öffentlichkeit lebhaft diskutiert, obwohl sich dabei weitgehend alle einig waren, wer die Gewalt verursacht hatte und wer nicht. Als sich mit der Zeit die Anzeichen

Unimut-Tip zum...

... Kaffeetrinken

Einen leckeren Kaffee in angenehmer Atmosphäre gibt's im Weltladen Heidelberg. Alle Produkte sind fair gehandelt, das heißt den Erzeugern werden Preise gezahlt von denen sie und ihre Familien würdig leben können.

Aber der Verkauf ist nicht das Einzige, der Weltladen leistet Bildungs- und Informationsarbeit, die Organisation basiert zum großen Teil auf ehrenamtlichem Engagement und Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen.

Freundlich, persönlich und gemütlich, ein harmonischer Ort, perfekt um dem täglichen Unistress zu entfliehen - der Weltladen Heidelberg in der Heugasse 2.

nbb

häuften, dass die Polizei sich in jener Woche in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht so ganz und gar nicht so verhalten hat, wie man es von der Vollstreckungsinstanz eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats erwarten könnte, verstummte die öffentliche Diskussion schnell und man widmete sich anderen Themen.

Das ist jetzt ein Jahr her. Um nicht wieder in Gefahr zu geraten, eventuell aus einigen Kilometer Entfernung die Stimmen von protestierenden Menschen zu hören, die an einem Hochsicherheitszaun stehen, der auch so überhaupt nicht ins freiheitlich-demokratische Grundbild passt, treffen sich die Regierungschefs der G8-Länder dieses Jahr auf einer entlegenen japanischen Insel. Man wird da den Eindruck nicht los, als müssten sich die Regierungen dieser Länder vor ihren Bürgern verstecken und man darf sich fragen, wie das zu interpretieren ist.

In Japan läuft jedenfalls bisher alles wie letztes Jahr bei uns in Deutschland. Pünktliche drei Wochen vor dem Gipfel gab es Razzien und Festnahmen bei Bürgern, die sich gegen die Inszenierung „Seht her, wir retten die Welt“ engagieren. Hat denn das japanische Innenministerium nichts aus den Fehlern seiner deutschen Kollegen gelernt? Schließlich haben die im Nachhinein vom Bundesgerichtshof als illegal eingestuften Razzien am 9. Mai 2007 die Proteste erst so richtig angetrieben und die Bundesstaatsanwaltschaft hat sich mit seinen Terrorismusvorwürfen gehörig blamiert! Man darf gespannt sein, ob es in Japan ähnlich von statten gehen wird. 2009 findet der G8-Gipfel dann wieder in Italien statt. Vielleicht erinnert sich der ein oder andere noch an den jungen Carlos Giuliani, der vor sieben Jahren bei den Protesten in Genua von der italienischen Polizei erschossen wurde.

Wollt ihr Tote, ihr Chaoten? Es gibt sie bereits.

Internationaler Jugendgipfel zu Biodiversität – Unity in Diversity

Ein Bericht von Tatjana Puschkarsky

Eines Morgens sagt Monica aus Namibia zu mir, sie habe geschlafen wie eine Hyäne. Kurz darauf geht es beim Frühstück um die Einschränkung der Pressefreiheit in Mexiko, die Schwierigkeit, einen Nationalpark in Madagaskar zu managen, und um die Kälte, die der Mauretanier letzte Nacht beim Schlafen in der Hängematte der amazonischen Hütte durchgestanden hat. Wo in aller Welt befinden wir uns gerade? Tief im Bayrischen Wald, wo sich Hase und Igel 'Gute Nacht' sagen, erwacht eine neue internationale Umweltschutzbewegung, die sich gerade auf ihr erstes Ziel vorbereitet: die UN-Vertragsstaatenkonferenz zu Biodiversität in Bonn (COP9), auf der es neben der Ausweitung von Schutzgebieten unter anderem um genmanipulierte Bäume, Agrotreibstoffe, Bio-Piraterie und gerechten Vorteilsausgleich geht. Die Teilnehmer des zweiwöchigen Jugendgipfels, der von mehreren Trägern (u.a. BMZ und DBU) organisiert wurde, waren angereist aus Partnerschutzgebieten des Bayrischen Waldes oder Städtepartnerschaften der

Stadt Bonn: mit dabei sind Park-Ranger aus Namibia, Biologen aus Brasilien, Nationalparkführer und Übersetzer aus Vietnam, Ressourcenmanagement-Studenten aus Mexiko, Entwicklungshelfer aus Bolivien und vierzig weitere zu dem Thema arbeitende junge Menschen aus Chile, Venezuela, Ecuador, der Mongolei, Madagaskar, Usbekistan, China, Russland, Mauretanien, Benin, den Philippinen, Deutschland und der Tschechischen Republik. Der Jugendgipfel unterscheidet sich jedoch in vieler Weise von der Konferenz der Vertragsstaaten: er ist geprägt von Solidarität und Verständnis für die Problematik der unterschiedlichen Schutzgebietzonen und Herangehensweisen, einem tiefen Bewusst-

sein, für das gleiche Ziel zu arbeiten, auch wenn unterschiedliche kulturelle Kontexte und Verpflichtungen die Handlungsmöglichkeit einschränken, der Überzeugung, alle Teilnehmer mitnehmen zu wollen und auch sprachliche Barrieren zu überwinden, und geprägt von dem Willen, jetzt unsere Zukunft in die Hand zu nehmen, um die Erde und uns selbst vor einer weiteren Zerstörung der Lebensgrundlagen und dem Verlust der Artenvielfalt zu bewahren. Ein gutes Beispiel für die direkte Relevanz der Artenvielfalt für unser Leben ist neben der pharmazeutischen Nutzung die Nahrungsmittelsicherheit. Unvorhersehbaren klimatischen Veränderungen und dem



Teilnehmer des Jugendgipfels treffen in Bonn Entwicklungshilfeministerin Heide Wiese-Zeul, die die Deklaration der Jugendlichen unterzeichnet.

dadurch bedingten Aufkommen neuer Bakterien können wir nur gewappnet sein, wenn wir auf eine Vielfalt an Pflanzensorten zurückgreifen können. Das Beispiel der großen Hungersnot in Irland im 19. Jahrhundert zeigt dies ebenso deutlich wie heutige Hungerkrisen. Ein Blick auf die Deklaration der Jugendlichen macht klar, wie wichtig es ihnen ist, das Verhältnis zur Natur zu überdenken, und sich als Teil des Kreislaufs des Lebens auf der Erde zu verstehen. Hierzu kommentiert der bolivianische Teilnehmer Gabriel Zeballos: "Westlich geprägte Wirtschafts- und Ausbeutungsformen können sehr viel von ursprünglicheren Kulturen lernen, die seit Jahrtausenden im Einklang mit der Natur leben. Biologische Vielfalt braucht

kulturelle Vielfalt – sie lässt sich nur bewahren, wenn wir die Menschen mit ihren kulturspezifischen Lebensweisen in unsere Herangehensweise und beispielsweise auch in das Management von Schutzgebieten miteinbeziehen." So konstatieren die Jugendlichen in ihrer Deklaration, dass wir alle Entwicklungsländer sind und nach neuen Formen suchen müssen, wie wir die natürlichen Ressourcen erhalten und weder benachteiligte Volksgruppen noch zukünftige Generationen ihrer Lebensgrundlage berauben. Um diese Botschaft den Delegierten der Konferenz in Bonn und der breiten Öffentlichkeit anschaulich präsentieren zu können, gestalteten die Teilnehmer einen zwei Meter langen gläsernen Fußabdruck, der den durchschnittlichen Ressourcenverbrauch der Länder und die Zerstö-

rung der biologischen und kulturellen Vielfalt symbolisiert. Ihre Ergebnisse trugen sie nicht nur in einer Deklaration und mehreren Diskussionen mit hochrangigen Politikern vor, sondern sie stellten diese auch mittels eines 20-minütigen Tanztheaters und einem Kurzfilm dar. Diese kreative Herangehensweise erwies sich als sehr sinnvoll um die Menschen zu erreichen und in ihnen etwas zu bewegen und anzurühren – eine Naturverbundenheit, die besonders in den Industrieländern selten zu spüren ist.

Die Deklaration in Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch und weitere Informationen über den Jugendgipfel und die Teilnehmer gibt es unter

<http://www.go4biodiv.org/>.

Direkte Entwicklungshilfe in Kenia

Interview mit Sonja Engelhard

Sonja Engelhard war das erste Mal im Jahre 2003 in Kenia, wo sie ein Jahr lang in der Behindertenschule St. Maurus im Mathare Valley, einem der größten Slums der Hauptstadt Nairobi, arbeitete und auch das Land bereiste. Die Studentin ist Gründungsmitglied und Finanzvorstand des Vereins „Kipepo – Förderverein Kenia e.V.“.

Sonja, du warst Anfang 2008 wieder in Kenia, als es nach der Präsidentschaftswahl am 27.12.2007 zu großen Unruhen kam, weil die Anhänger des Oppositionsführers Raila Odinga die gefälschte Wiederwahl des Präsidenten Mwai Kibaki nicht anerkennen wollten. Was hast du erlebt?

Ich bin Anfang Januar mit einem Freund über die äthiopische Grenze nach Kenia eingereist. Erst da erfuhr ich von der politisch angespannten Lage. Die kenianischen Zollbeamten meinten, dass es keine Probleme gebe, und spielten die Situation herunter, schließlich handelte es sich ja um Regierungsbeamte.

Nach einer Tagesreise durch die Wüste kam ich in die Stadt Marsabit im Norden Kenias. Die Stadt liegt am Rande der Chalbi-Wüste, der Boden ist unfruchtbar, die Menschen sind auf Lebensmitteltransporte angewiesen. Es fuhren deutlich weniger LKWs umher, in der Stadt gab es folglich weniger zu essen, und die Lebensmittel waren sehr teuer.

Wie war denn dein erster Eindruck, als du wieder nach Mathare kamst?

Ich bin mit deutschen Ärzten von „Ärzte für die Dritte Welt“ durch den Slum gefahren, weil es zu gefährlich war, zu Fuß zu gehen. Die vier Großgebiete des

Slums waren von den zwei Stämmen, die sich bekriegten, also von den Kikuyus und den Luos, aufge-



teilt worden. Ziemlich viele Hütten waren zerstört und verlassen, die Bewohner geflüchtet, weil sie der falschen Volksgruppe angehörten. Weite Flächen des Slums, manche so groß wie Fußballfelder, waren einfach abgebrannt worden. Die Straßen waren leer, alles wirkte wie ausgestorben. Ein Lehrer der St. Maurus-Schule erzählte von Leichen im Fluss. Wer irgendwie raus konnte aus dem Slum, der hat das getan. Wer noch Familie auf dem Land hatte, der ist dorthin geflohen, einfach nur weg.

Der Witz ist ja, dass man dafür auch noch die Polizei „bezahlen“ musste. Als es mit den Unruhen anfing, riegelte die Polizei den Slum ab. Niemand konnte raus und niemand konnte rein. Ich habe mitbekommen, wie die Polizisten immer wieder auf das kleine Grundstück von Zingaro, einem Selbsthilfverein, das sich inmitten von Mathare befindet, kamen und das Geld unter sich aufteilten. Ein großes Problem war auch, dass die vielen kleinen Essensstände abgebrannt worden sind, man konnte nirgends mehr Lebensmittel kaufen und die

Leute haben tagelang ohne Essen gelebt. In den Mauern sah man Schusslöcher. Und es liefen immer noch Menschen mit Messern durch die Straßen.

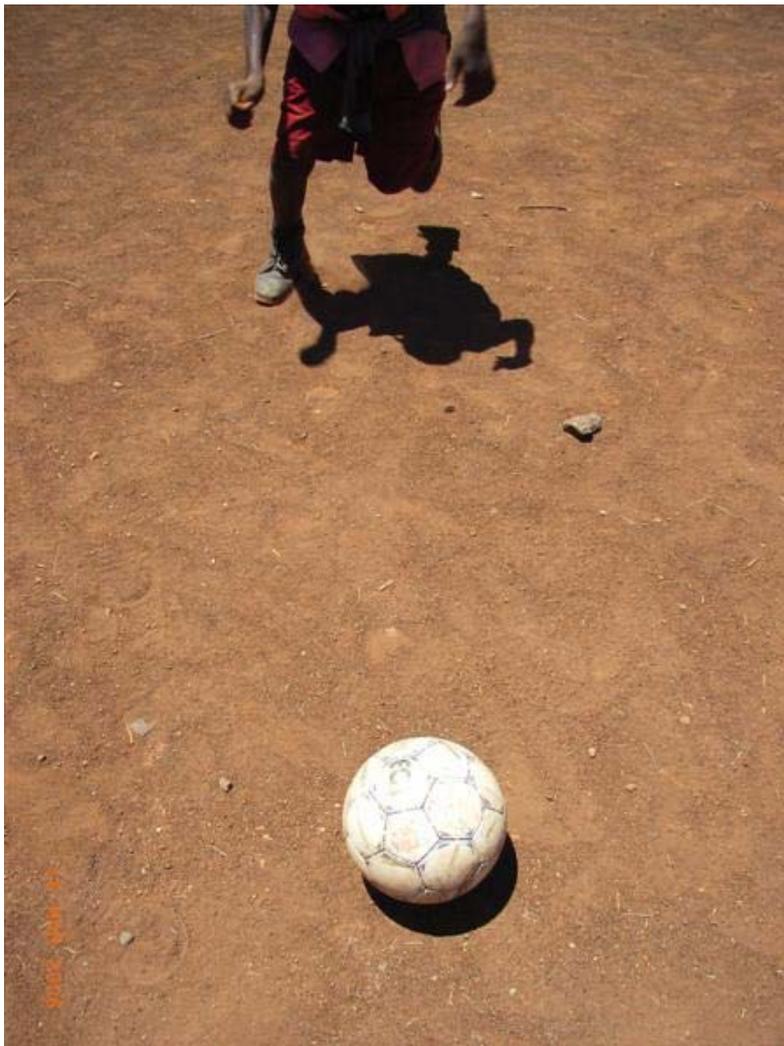
Es herrschte eine komplett andere Stimmung als ich es bisher kannte.

Wie ist denn das Leben in Mathare, wenn es sich nicht im Ausnahmezustand befindet?

Man muss sich Mathare so vorstellen: Es befindet sich in einem Tal,

wo früher der Müll abgeladen wurde. Mit der Zeit entstanden auf den Müllbergen Wellblechhütten, in denen ganze Familien mit ihren drei oder auch zehn Kindern auf engstem Raum leben. Dort wird gekocht und da steht auch das eine Bett, auf dem alle schlafen. Ich schätze, dass etwa 500 000 Menschen in diesem kleinen Tal leben.

Auf der offiziellen Stadtkarte von Nairobi ist der Slum nicht mal eingezeichnet.



Im Slum gibt es keine sanitären Anlagen, kein Strom, kein fließendes Wasser. Es gibt einige Wasserstellen, wo sich die Menschen das Wasser in Kanister abfüllen oder auch zum Waschen hingehen. Man muss sagen, dass es den Menschen sehr wichtig ist, soweit es geht, sauber zu leben. Auf gewaschene, ordentliche Kleidung wird großen Wert gelegt. Durch den Slum fließt ein Fluss, der als Toilette benutzt wird.

Es laufen Schweine, Hühner und andere Tiere umher, es ist total laut, überall ist Musik zu hören, vor allem Hip Hop. Die Frauen sitzen gemeinsam vor ihren Hütten und kochen oder waschen gemeinsam oder flechten sich gegenseitig die Haare, während die Kinder auf der Straße spielen. Dieses Miteinander habe ich als sehr schön empfunden.

Wie hast du denn die Situation der Frauen im Allgemeinen erlebt?

Ich würde sagen, im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern sind Männer und Frauen eher gleichberechtigt. Es gibt schon viele Frauen, die arbeiten gehen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Aber im Prinzip hat immer noch der Mann das Sagen.

Es gibt im Slum viele alleinerziehende Mütter, die aus ihrer Not heraus häufig für sehr wenig Geld, manchmal auch nur für Essen, als Prostituierte arbeiten, um ihre Kinder zu ernähren. Die HIV-Positivensrate liegt im Slum bei über 60 Prozent. Das heißt, mindestens jeder zweite Mensch, dem man auf der Straße

begegnet, ist infiziert. Ich denke nicht, dass es daran liegt, dass die Menschen nicht genügend darüber informiert sind. Die Kinder werden schon in der Schule aufgeklärt und es gibt auch Kondome umsonst, allerdings wollen vor allem die Männer keine Kondome benutzen. Das ist natürlich ein großes Problem für die Prostituierten. Eine große Rolle spielt sicherlich die Armut. Die Frauen wissen zwar, dass sie sich durch ungeschützten Sex anstecken können, aber so weit

können sie gar nicht denken. Aids bricht erst in einigen Jahren aus, aber die Kinder wollen heute satt werden. Außerdem werden wirklich viele Frauen vergewaltigt, das ist da nichts Ungewöhnliches. Dadurch wird das HI-Virus natürlich immer mehr übertragen. Zusätzlich ist auch noch die Syphilis weit verbreitet. Und als Begleitkrankheit von Aids auch die Tuberkulose.

Es gibt viele alte Menschen im Slum, so zwischen 60 und 70 Jahre alt, und es gibt auch viele junge Menschen, aber man kann fast schon dabei zusehen, wie die mittlere Schicht ausstirbt. Die Menschen zwischen Anfang 20 und Mitte 30 sind am meisten von HIV betroffen. Es ist ganz oft so, dass die Kinder von ihren Großeltern oder von Tanten und Onkeln erzogen werden, weil die Eltern an Aids gestorben sind.

Ein landesweites Problem des Bürgerkriegs ist, dass die Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken, weil sie Angst haben. Und auch die Aids-Kranken holen sich ihre kostenlosen Medikamente nicht mehr an den Krankenstationen ab. In den Flüchtlingscamps sind zudem viele Frauen vergewaltigt worden, das Aids-Problem wird also durch die Unruhen immer größer und nimmt richtig unheimlich Ausmaße an. Das Land wird sich allein schon wegen der gesundheitlichen Lage nicht so schnell erholen können.

Der Verein Kipepeo, den du mitbegründet hast, unterstützt seit

2007 den kenianischen Verein Zingaro und die Behindertenschule St. Maurus. Aus welchen Gründen?

Zingaro bedeutet „Zusammenhalt“ und ist der Name einer Jugendselfhilfegruppe, am Rand von Mathare, die sich vor etwa zehn Jahren gegründet hat. Damals haben sich zehn Leute ein Stück Land genommen, das niemandem gehörte, eine Hütte darauf und einen Zaun darum gebaut und Bäume gepflanzt. Heute wirkt es wie eine kleine Oase mitten im Slum. Und sie haben angefangen, Jugendliche darin auszubilden, wie man Trommeln baut oder Schmuck herstellt. Die Jugendlichen können einfach nach der Schule kommen, wenn sie Interesse haben. Sie lernen dort von den verschiedenen Künstlern, die teilweise auf dem Grundstück leben, auch trommeln oder malen. Es sind etwa 20 Leute, die dort leben.

Zingaro geht einmal die Woche auf den Markt und verkauft dort die Trommeln, Bilder und den Schmuck, alles, was sie gemeinsam hergestellt haben. Um den Menschen von Zingaro ein gesichertes Einkommen zu ermöglichen, kauft unser Verein Kipepeo ihnen diese Sachen zu fairen Preisen ab und verkauft sie hier in Deutschland weiter.

Das Projekt Sankt Maurus ist eine freie Behindertenschule im Slum, die von Missionsbenediktinern gegründet worden ist. Momentan unterrichten und betreuen drei Lehrer vierzig Schüler, unter denen auch mehrfach schwerstbehinderte Kinder sind. Die Schule ist komplett auf Spenden angewiesen. Der Status von Behin-

deten ist dort nicht gerade hoch und die Eltern würden kein Schulgeld bezahlen, sondern ihre behinderten Kinder einfach von der Schule nehmen. In der Schule basteln die Kinder Schmuck und stellen Figuren aus Speckstein her, um ein wenig Geld für Schulmaterialien zu verdienen. Auch diese Sachen versucht Kipepeo in Deutschland zu verkaufen, um die Schule zu unterstützen.

Wir wollen eben nicht nur einfach Geld sammeln, also ein Almosen geben, sondern wir wollen es den Menschen von Zingaro und St. Maurus ermöglichen, für ihr Geld selbst zu arbeiten. Das hat was mit Stolz und Würde zu tun.

Dieses Einkommen reicht gerade so für den Alltag, also Essen und Miete. Für Notfälle, falls etwa jemand ins Krankenhaus muss, sind die Mitgliedsbeiträge unseres Vereins gedacht. Jetzt, durch die aktuelle politische Lage, ist noch mal deutlich geworden, wie gefährlich das Leben im Slum ist. Es gab mehrer Brandanschläge auf die Holzhütten von Zingaro. Das große Ziel, das wir jetzt haben, ist der Erwerb von fruchtbarem Land außerhalb der Stadt, wo die Leute sich ihre eigenen Hütten bauen und Essen anbauen können.

Kontakt zu „Kipepeo – Förderverein Kenia e.V.“:

www.zingaro-percussion.com

www.kipepeo-kenia.de

E-Mail:

kipepeo.e.v@googlemail.com und

engelhard.sonja@gmx.de

Proteste gegen Kohlekraftwerk in Mannheim

Blockade der Kohlezufuhr und Demonstration gegen neuen Kraftwerksblock – Studierende der Uni Heidelberg für Klimaschutz aktiv.

Die Proteste gegen einen neuen Block am Kohlekraftwerk Mannheim nehmen zu. Bereits im letzten Jahr wurde unter anderem im Rahmen eines „Klimaaktionstages“ auf

die Thematik aufmerksam gemacht. Kürzlich demonstrierten etwa 600 Menschen gegen die Verwendung von Kohle zur Energiegewinnung und den Bau eines größeren Kraftwerksblocks am Großkraftwerk Mannheim. Zu der Demonstration hatten zusammen mit der Initiative Klima und Energie Mannheim (Ikema) unter anderem Attac, Greenpeace Rhein-Neckar und der Bund für Umwelt-

und Naturschutz (BUND) sowie die Stadtratsfraktionen der Parteien Die Linke und Die Grünen aufgerufen. Die Ausweitung des Großkraftwerks Mannheim ist eines von bundesweit 25 geplanten neuen Kohlekraftwerken. Die Stadt Mannheim sieht in dem Bau des neuen Blocks in Verbindung mit dem Abschalten der alten Anlagen einen Beitrag zu den Klimaschutz-

plänen der Bundesregierung und der EU. Gegner des Projekts halten das für zynisch. Sie fordern stattdessen eine entschlossenere Umstellung auf klimaschonende Energieformen sowie deutlich mehr Bemühen beim Energiesparen. So könne man allein im Haushalt durch das Abschalten von Elektrogeräten statt Standby-Modus zwei Atomkraftwerke ersatzlos abschalten. „Es geht heute darum, ob wir als Gesellschaft ein neues fossiles Energiesystem aufbauen wollen, das die nächsten 40 Jahre lang Bestand haben soll oder ob wir stattdessen die Chance zum Umbau nutzen“ sagte Matthias Weyland, Geschäftsführer des BUND Rhein-Neckar-Odenwald bei der Auftaktkundgebung der Demonstration.

Die aktuelle Klimapolitik ist jedoch nicht der einzige Stein des Anstoßes für die Demonstranten. Sie thematisieren auch die Probleme, die mit dem Abbau der Kohle einhergehen. So kommt ein Großteil der Kohle für das GKM aus Kolumbien, wo „miese Löhne und schlechter Gesundheitsschutz genauso zum Abbau wie die Vertreibung indigener Gemeinschaften“ gehörten. Die Betreiber hingegen meinen zu wissen, dass die Gewinnung der Steinkohle „unter angemessenen sozialen und ökologischen Standards“ erfolge.

Gründe für die Politik, gegen die sich der Protest wendet, sehen die Demonstranten in wirtschaftlichen Interessen der Stromkonzerne, die das Mannheimer Kraftwerk betreiben. Nur noch 28% des Aktienanteils gehören den teilprivatisierten ehemaligen Stadtwerken MVV Energie AG, der Großteil entfällt auf RWE (40%) und EnBW (32%). Unter deren Druck, so die Demonstranten, werden aus den oft lautstark beschworenen Klimaschutz-Plänen der Regierenden oft halbherzige Kompromisse und leere Versprechungen.

Mit diesem Hintergrund lief die Demonstration vom Marktplatz Neckarau zunächst ein paar hundert Meter rückwärts. Damit sollte symbolisiert werden, dass Kohlekraftwerke ein Schritt zurück in veraltete Technologien seien. Spä-



ter simulierten Demonstranten unter Husten und Röcheln ein Zusammenbrechen in verschmutzter Luft.

Auf dem Weg zur Abschlusskundgebung an der Rückseite des GKM schwenkten einige Demonstranten aus und versuchten auf das Gelände des Kraftwerks zu gelangen. Dies wurde durch die Polizei größtenteils verhindert. Einer Person gelang es aber doch, auf einen Schlackehaufen des Geländes zu klettern und dort ein Plakat mit der Aufschrift „Eure Kohle killt das Klima - Block 9 verhindern! - RWE und EnBW entmachten“ zu entrollen.

Wenige Tage vor der Demonstration war es bereits zu einer Protestaktion gekommen. Aktivisten hatten die

Kohlezufuhr mit einer Sitzblockade behindert, um bereits im Vorfeld der eigentlichen Demonstration gegen den neuen Kraftwerksblock zu protestieren.

In Heidelberg ist zum Thema Klimaschutz die Klima-Aktions-Gruppe Heidelberg aktiv, in der sich auch Studenten der Uni Heidelberg engagieren. Die Beteiligten haben sich zum Ziel gesetzt, „durch Aktionen und Informationen das Thema Klimawandel in die Öffentlichkeit zu tragen und dabei neben den akuten Auswirkungen auch die gesellschaftlichen Ursachen aufzuzeigen.“

hp

Kampf um Erhalt von Heidelberger Sozialwohnungen

Bürgerentscheid am 13.07.2008 – direkte Demokratie für die Zukunft des Emmertsgrunds (fv/amh/pa)

Am 13.07.2008 wird erstmals in der Heidelberger Stadtgeschichte ein Bürgerentscheid stattfinden. Das Volk als Souverän entscheidet über die Frage, ob 610 Sozialwohnungen im Stadtteil Emmertsgrund als Eigentum der Stadt Heidelberg erhalten, oder ob sie an einen profit-orientierten „Investor“ verkauft werden sollen.

Soll das Bürgerbegehren des „Bündnis für den Emmertsgrund“ erfolgreich sein, müssen mindestens 25.000 BürgerInnen mit Ja stimmen (s. Infokasten). Kaufinteressent ist das Unternehmen Dresdner Grund- und Beteiligungs GmbH & Co. KG (Dreges) mit Firmensitz in Berlin, das sein Interesse an den Wohnungen offenbar nicht explizieren möchte.

Viele Gegner des Verkaufs messen der Abstimmung eine große Tragweite bei, da deren Ausgang die Weiche für weitere Projekte ähnlicher Art stellen könnte. Angesichts der aktuellen Entscheidungen städtischer Planung lässt sich nicht ausschließen, dass die Stadt Heidelberg auch in Zukunft Wohnungsprivatisierungen als Ausweg aus der Verschuldung bemühen könnte. So wird das Theater gemäß des Internetmagazins „Stadtpolitik Heidelberg“ nun für 50 statt 35 Millionen Euro saniert. Der geplante Neckarufertunnel kostet rund 180 Millionen Euro und wird in seiner Realisierung vorangetrieben, obwohl von Landeszuschüssen für den Bau nicht

unbedingt auszugehen ist. Solche Ausgaben erscheinen vor allem vor dem Hintergrund der zwei- bis dreistelligen Millionen-Beträge, die aus der Stadtkasse in Schul-sanierungen oder den Bau der Straßenbahnlinie ins Neuenheimer Feld fließen müssen, nicht unproblematisch.



Es ist löblich, dass der Wahlbenachrichtigung ein Faltblättchen mit 12 Argumenten beiliegt, um den BürgerInnen dabei zu „helfen, sich eine fundierte Meinung zu bilden“. Doch das aktuelle Geschehen verlangt nach einer holistischen Betrachtung. Im Gemeinderat war eine Kapitalerhöhung für die GGH durchaus Thema, wurde jedoch nie in dem für Sanierungen erforderlichen Umfang durchgesetzt. Angesichts solcher Großprojekte wie der Bahnstadt oder dem Straßenbahnbau räumt die Stadt sozialen Belangen scheinbar nur einen untergeordneten Stellenwert ein. Glückt der Verkauf, werden 11 Millionen Euro liquide, die in der Bahnstadt investiert werden sollen, so Angaben aus dem Gemeinderat. Der Sanierungsbedarf im Emmertsgrund ist augenscheinlich und von niemandem bezweifelt. Doch das von den Verkaufsbefürwortern genannte Argument, dass diesem nur bei Privatisierung nachgekommen werden könne, stimmt nur bedingt. Werden die Prioritäten der Stadtplanung (Prestigeprojekte statt sozialer Verantwortung) nicht umgestellt, reichen die finanziellen Mittel der GGH tatsächlich nicht aus. Werden allerdings die auch im Informationsblatt thematisierten „Zukunftsfonds“ für die Sanierung eingesetzt, steht dieser langfristig nichts im Wege. Einige Mitglieder des Gemeinderats sehen dies jedoch anders. Stimmen erhoben sich bereits, die im Falle einer Entscheidung für den Erhalt der Wohnungen eine Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes von 470 auf 492 vorschlugen. Dies würde zu Lasten von Hauseigentümern und Mietern gehen. Kritiker am Verkauf sehen keine Vorteile für die BewohnerInnen des Emmertsgrunds. An Stelle der 1,3 bis 2 Millionen Euro für Investitionen, die von der städtischen Wohngesellschaft jährlich geleistet wurden, tritt nun eine Mindestrate von 880.000 Euro, zu der „Dreges“ vertraglich verpflichtet ist. Befürworter meinen, dass der Investor nur bei attraktiven Quartieren auf Gewinne durch Weiterveräußerung setzen könne - Stichwort „Kundenorientierung“. Unverständlich bleibt jedoch in diesem Zusammenhang, warum „Dreges“ die

Informationsveranstaltungen zum Bürgerentscheid

24. Juni (Dienstag), 18.30 Uhr

Der Mieterverein informiert zum Bürgerentscheid
Ort: Stadtbücherei, Poststraße 15

2. Juli (Mittwoch), 19.30 Uhr

Podiumsdiskussion zum Bürgerentscheid
Ort: Deutsch-Amerikanisches Institut, Sofienstr. 12

5. Juli (Samstag), 15.00 - 18.00 Uhr

Stadtteilstadt mit Informationen zum Bürgerentscheid
Ort: Emmertsgrundpassage

10. Juli (Donnerstag), 19.30 Uhr

Vortrag von Dr. Werner Rügemer
Folgen von Privatisierungen in Deutschland
Ort: Stadtbücherei, Poststraße 15

12. Juli (Samstag), 16.00 - 21.00 Uhr

Abschluss-Fest zum Bürgerentscheid
Ort: Wird noch bekannt gegeben

Nähere Informationen zum Bürgerentscheid und dem „Bündnis für den Emmertsgrund“ unter www.buendnis-fuer-den-emmertsgrund.de

Vertragsverhandlungen durch eine Weigerung, die GGH-Investitions-Höhe weiter zu führen, verkompliziert hat.

Richtig ist, dass die „Rechte der MieterInnen über gesetzliche Regelungen hinaus vertraglich geschützt werden“ und der Verkauf „keine Auswirkung auf die Entwicklung der Miethöhe“ hat – aber nur so lange die Bindungsfrist läuft. Nach 12 bis 17 Jahren kann der Investor vollkommen nach eigenen Interessen handeln.

Was dies für die BewohnerInnen bedeutet, ist heute schlichtweg nicht abschätzbar.

Ob Heidelberg weiter „in sozio-kulturellen Träumen schwelgt“ (Dr. Jan Grandel, CDU) oder sich endlich der harten Realität des Kapitalmarkts beugt, entscheiden im Juli die BürgerInnen. Zu Recht fragt sich Otto Wickenhäuser (CDU): „Was ist los in der Stadt? Manchmal muss ich mich schon fragen, was ist denn los in unserem alten, doch sonst so geruhsamen Städtchen. So viele Themen bringen unsere Bürger in Wallung!“

Heute Hessen, morgen wir

Spontandemo gegen Studiengebühren

Nachdem bekannt wurde, dass Studiengebühren in Hessen abgeschafft wurden, fanden sich heute mittag auf dem Campus Camp etwa dreißig Studierende zu einer Spontandemo zusammen.

Mit Bannern und Megaphon zog die Demonstration um 13:00 Uhr zunächst zur Zentralmensa und später zur nahegelegenen Pädagogischen Hochschule. Dabei bekundeten die Demonstranten ihre Freude über den Erfolg der Gebührengegner in Hessen und forderten ihre KommilitonInnen auf, dies zum Anlass zu nehmen, sich weiterhin für ein gebührenfreies Studium zu engagieren. "Studiengebühren in Hessen abgeschafft - wir wollen auch" war die Forderung, die die Studierenden auf dem Frontrtransparent formulierten. Mit dem Sprechchor "Heute Hessen, morgen wir - schafft sie ab, die Studiengebühr" nahm die kleine, wohl aber laute Demonstration ihren Weg auch durch die Innenräume der Mensa.



Die Abschaffung der Studiengebühren im Nachbarbundesland stellte für einen Redner, der sich per Megaphon an seine KommilitonInnen wandte, "den Erfolg des jahrelangen starken Protests" dar. Dieser habe die Parteien zu ihrer Entscheidung angetrieben und "nicht zuletzt dazu beigetragen, dass die starrsinnige Regierung Koch abgewählt wurde". "Das ist unser Erfolg" betonte der Redner und bezog sich damit auf alle, die sich bundesweit gegen Studiengebühren eingesetzt hatten. Nach den zunächst in ihrer direkten Wirkung erfolglosen Protesten in Baden-Württemberg erhoffen

sich Gebührengegner durch ihren Erfolg in Hessen nun eine Art Dominoeffekt, der eventuell auch neuen Schwung in die bildungspolitische Debatte hierzulande bringen könnte.

Dem Aufruf der Demonstranten sich dem Demozug anzuschließen, kamen nur sehr wenige der Studieren-

Energiekonzept der Bahnstadt unterstützt das Mannheimer Kohlekraftwerk

Das von der Energieberatungsfirma „ebök“ entwickelt Energiekonzept für die Bahnstadt sei in zwei wesentlichen Punkten nicht zufriedenstellend, so die Klima-Aktions-Gruppe Heidelberg. Zum Einen soll der neue Stadtteil an das Fernwärmenetz der Stadtwerke angeschlossen werden. Dieses wird allerdings fast vollständig durch das Kohlekraftwerk in Mannheim gespeist. Somit unterstützt die Stadt Heidelberg wenigstens indirekt den geplanten Bau des neuen Kraftwerkblocks. OB Würzner hatte zu Anfang bewegende ökologische Ziele für das Bahnstadt-Projekt genannt, verpasst aber durch Unterstützung dieses Konzepts, ein Zeichen gegen die klimaschädliche fossile Energie zu setzen.

Zum Anderen bleibe „ebök“ unspezifisch im Bereich der Stromversorgung, so Kritiker. Angesichts der von der Energieberatungsfirma kalkulierten Emissionen aus dem Stromverbrauch der Bahnstadt von 17.000 Tonnen CO₂, sollte es nahe liegen, erneuerbare Energien explizit in das Energiekonzept mit aufzunehmen. Dies bleibt aber leider aus. Statt dessen ist lediglich von schwammigen „Stromspar-konzepten“ die Rede.

Ein solcher Energieplan spiegelt nach Meinung der Heidelberger Klima-Aktions-Gruppe nicht mehr das ambitionierte Vorhaben des Oberbürgermeisters wider, die Bahnstadt zu einem Musterbeispiel ökologischer Gewissenhaftigkeit zu tunen. hp

den nach, an denen ihre KommilitonInnen vorbeizogen. Einige klatschten verhalten. Hannah Magin von der Kritischen Initiative sieht darin jedoch kein Zeichen für eine allgemeine Akzeptanz der Studiengebühren: "Laut einer Studie des Geographischen Instituts aus dem letzten Semester sprechen sich fast sechzig Prozent eher

beziehungsweise völlig gegen Studiengebühren aus, zwanzig Prozent äußern sich unentschieden. Leider gehen nur wenige den Schritt, aus dieser Einstellung konkreten Protest zu entwickeln, wie sich bei der geringen Beteiligung am Boykott der Studiengebühren zeigte." hp

Hausbesetzerparty in ehemaligem Studentenwohnheim

Am Abend des 7.5. fand im Gebäude des leerstehenden einstigen Wohnheims 130 im Neuenheimer Feld eine illegale Party statt. Knapp hundert Personen besetzten das Haus vorübergehend, um „für Freiräume“ zu demonstrieren, wie auf einem etwa zehn Meter hohen Transparent am Gebäude zu lesen war.

Weitere Banner und Graffiti formulierten die Forderung nach öffentlichen und selbstverwalteten Räumen und Protest gegen soziale Ungleichheit. In einer Pressemeldung kritisierten die Besetzer, dass Wohnraum und Bildung zu einer reinen Ware verkommen sei. Für Heidelberg wurde dabei zum einen auf die Privatisierung der Bahnstadt und der Sozialwohnungen im Emmerstgrund Bezug genommen. Zum anderen förderten

„Studiengebühren und das elitäre Gehabe der Exzellenzinitiative die soziale Schließung.“

Damit griffen die Aktivisten unter anderem Forderungen der Demonstration am 11. April dieses Jahres auf. Etwa 150 Menschen waren dabei trotz strömenden Regens für ein neues selbstverwaltetes Kulturzentrum als Basis politischer und kultureller Arbeit durch Heidelberg marschiert. Auch das alljährliche Antifaschistische Straßenfest auf dem Uniplatz in der Nacht zum ersten Mai stand unter diesem Motto.

In den Räumlichkeiten des leerstehenden Studentenwohnheims feierten die Besetzer etwa eineinhalb Stunden ungestört, bevor zunächst der Sicherheitsdienst des Neuenheimer Felds und wenig später auch die Polizei auf das Gelände kamen. Die Party dauerte aber noch eine Weile an, bis der Großteil der Feiernden etwa um halb eins das Gebäude verließ, um der Strafverfolgung zu entgehen. Als die Polizei mithilfe einer Feuerwehrleiter eine Stunde später in das Gebäude eindrang, fand sie niemanden mehr vor. hp

Impressum

...der UNiMUT-Zeitung an der Uni Heidelberg Nr. 2008/01 vom 23. Juni 2008

UNiMUT erscheint monatlich (aber nur, wenn sie jemand macht). Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist 10. Juli 2008.

Redaktion: Nina Bust-Bartels (nbb) | Alena Mehlaue (amh) | Michael Scherer (ms) | Jasmin Tran (jt) | Friedemann Vogel (fv) | Yannick Zundl (hp)

Auflage 2000 – Unidruckerei

Wir ermutigen ausdrücklich dazu, LeserInnenbeiträge zu verfassen, die im ZFB (Albert-Überle-Straße 3-5) abgegeben oder uns per Elektrobrief (unimut@urz.uni-heidelberg.de) zugeschickt werden können.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor.

ViSdP:

F(ach)S(chäfts)K(onferenz) | Albert-Überle-Straße 3-5 | 69117 Heidelberg. | Tel. 06221/542456 | E-Mail: unimut@urz.uni-heidelberg.de

Veranstaltungshinweise

Gremienwahlen an der Universität Heidelberg

Am 24. Juni 2008 | 9.00 - 18.00 Uhr
In den Räumen der Universität

Unikino

Jeden Mittwoch im Semester, 19.30 Uhr
Im Hörsaal 13 der Neuen Universität

Vortrag

Der ganze Südosten ist unser Hinterland? Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945. Vortrag mit Klaus Thörner
Am 08. Juli 2008 | 19.30 Uhr
In den Räumen der Neuen Universität

Allmend-Lektüregruppe

Lektüre und Diskussion zum Thema Wissensallmende mit Prof. Dr. Kristian Hungar
Am 07. Juli 2008 | 20.00 Uhr
Näheres unter: www.KritischeTheorie-hd.de

Kapital-Lektüregruppe

Jeden Montag im Semester, 20.00 Uhr
Im Philosophischen Institut